



ATTAC – eine neue außerparlamentarische Opposition?

In den letzten Tagen ist das Netzwerk der in ATTAC (*Association pour une Taxation des Transactions Financières pour l'Aide aux Citoyens*) zusammengeschlossenen Globalisierungskritiker wieder verstärkt in den Vordergrund getreten. Am vergangenen Samstag [1. November 2003] demonstrierten nach Zeitungsmeldungen rund 100.000 Menschen in Berlin gegen die Sozialreformen der rot-grünen Bundesregierung. Zu den maßgeblichen Organisatoren der Demonstration gehörte neben den Gewerkschaften ver.di, IG Metall, IG BAU und GEW auch ATTAC.

Die Beziehung zwischen der linken Protestbewegung und der rot-grünen Bundesregierung ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Ein Sprecher der Globalisierungskritiker erklärte ATTAC zur neuen außerparlamentarischen Bewegung in der Bundesrepublik. In Deutschland vollzieht ATTAC damit einen Paradigmenwechsel von einer international ausgerichteten Protestbewegung zu einer innerstaatlichen außerparlamentarischen Opposition.

Inhalt

1. Zentrale Empfehlungen – weitere Schritte	Seite 2
2. Zentrale Ergebnisse	Seite 2
3. Analyse	Seite 2
4. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 4

1. Zentrale Empfehlungen – weitere Schritte

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im November 2002 eine aktualisierte Fassung des Arbeitspapiers Nr. 74/2002 von Ralf Thomas Baus und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff unter dem Titel „Globalisierungsdebatte I – Wer oder was ist ATTAC?“ veröffentlicht. Dieses Arbeitspapier wird erneut aktualisiert und Anfang 2004 in einer überarbeiteten Fassung vorgelegt.

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff hat darüber hinaus im April 2003 ein Zukunftsforum Politik Nr. 54 mit dem Titel „Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen“ herausgegeben. Beide Publikationen sind unter www.kas.de abrufbar.

2. Zentrale Ergebnisse

ATTAC hat sich mit den Protesten gegen die sozialpolitischen Reformen erneut einem innenpolitischen Thema zugewandt. Schon 2002 war die Gesundheitsreform ein Themenschwerpunkt. Auch jetzt erhofft sich ATTAC, an der Spitze eines bundesweiten Protestbündnisses agieren zu können.

Da ATTAC von den Grünen wegen der Demonstrationen angegriffen wurde, aber auch bei der SPD nur bei den Linken Zuspruch findet, hofft man auf eine Allianz mit den Gewerkschaften. Der DGB soll durch eine Strategie von unten (Beteiligung von Einzelgewerkschaften und der Mitgliederbasis) zu einer klaren Positionierung gegen die rot-grüne Bundesregierung gezwungen werden.

In den nächsten Wochen will ATTAC durch Protestaktionen in Hessen und bei den bevorstehenden Parteitagen der SPD in Bochum, der Grünen in Dresden und der CDU in Leipzig weiter Druck machen. Durch eine „Verbreiterung und Vertiefung des Widerstandes“ will man sich zur „neuen außerparlamentarischen Opposition“ (Sascha Kimpel) entwickeln.

3. Analyse

Demonstration: An der Demonstration am Samstag, 1. November 2003, in Berlin waren neben ATTAC und den Gewerkschaften auch die PDS sowie zahlreiche Basisinitiativen, zum Beispiel sogenannte Anti-Hartz-Bündnisse, beteiligt. Zu der Demonstration hatte ein „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ aufgerufen.

Der Erfolg der Demonstration war völlig unerwartet, hatte man doch aus Kreisen von ATTAC lediglich mit etwa 20.000 Teilnehmern gerechnet. Stark vertre-

ten war ATTAC auch in den Medien, so zum Beispiel mit einem längeren Re-
deausschnitt von Ilona Plattner, die in aggressiver Form den Demonstranten
zurief: „Wir werden immer mehr ...“.

Aus Sicht von ATTAC handelte es sich bei dieser Demonstration um den Be-
ginn einer neuen Massenbewegung. So ließ sich der ATTAC-Sprecher Sascha
Kimpel am späten Samstagabend als Studiogast des RBB-Regionalfernsehens
mit dem Satz vernehmen: „Wir sind die neue APO.“ Als außerparlamentarische
Opposition versteht man sich auch deshalb, weil die Verbindungen in die Poli-
tik immer weiter abreißen. In der *Welt* (3. November 2003) kritisierte die grü-
ne Fraktionsvorsitzende Krista Sager ATTAC für ihren Widerstand gegen die
Sozialreformen. Auch der DGB hält sich bedeckt. Bei den beteiligten Gewerk-
schaften handelt es sich lediglich um Einzelgewerkschaften oder Untergliede-
rungen, die selbständig agieren.

Die globalisierungskritische Bewegung ATTAC wächst weiter. Mittlerweile gibt
es in Deutschland 13.000 Mitglieder, im Oktober 2002 waren es 9.000 Einzel-
unterzeichner oder Organisationen.

Hintergrund: Obwohl es sich bei ATTAC um eine Bewegung handelt, die für
sich als zentrales Thema die Globalisierung gewählt hat, kommt es nun wieder
zu einem Engagement in der deutschen Sozialpolitik. Bereits 2002 hatte
ATTAC die Gesundheitsreform zu einem Schwerpunktthema gemacht. In die-
sem und im kommenden Jahr ist die Kampagne gegen die Sozialreformen
ebenfalls ein zentrales Aktionsthema. Auf der Bundesversammlung von ATTAC
in Aachen, dem sogenannten Ratschlag, war dies im Oktober 2003 beschlos-
sen worden. Begründet wurde die Hinwendung zu den sozialpolitischen The-
men mit dem Argument, der Begriff Innenpolitik verliere in Zeiten der
Globalisierung zunehmend seinen Sinn. Aus Sicht von ATTAC ist die
Beschäftigung mit der Krise der sozialen Sicherungssysteme das
„Herunterbrechen“ der Weltpolitik auf die nationale, regionale und lokale
Ebene. Darüber hinaus sollen die Weltwirtschaft und die Privatisierung
Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2004 sein. ATTAC vollzieht hiermit einen
Paradigmenwechsel von einer international ausgerichteten Protestbewegung
zur außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik.

ATTAC-Arbeitsgruppe: ATTAC hat zur Koordinierung und Umsetzung seiner
Protestaktivitäten eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Es ist genug für alle da“
eingesetzt. Vertreten sind hierin unter anderem Hugo Braun, ein Aktivist der
Trotzkistengruppe *Euromärsche* und Mitglied der DKP, Werner Rätz, ein
radikaler Linker, der Gewalt als Ausdruck jeder sozialen Bewegung betrachtet
und Peter Wahl, der aus der Organisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und

Entwicklung) kommt und früher in den auf DKP-Initiative entstandenen *Anti-imperialistischen Solidaritätskomitees* mitgearbeitet hat.

ATTAC-Positionspapier: In einem dreiseitigen Positionspapier hat ATTAC nach dem Erfolg der Demonstration vom 1. November 2003 Vorschläge für das weitere Vorgehen entwickelt: Demnach geht man davon aus, dass bei zukünftigen Aktionen „noch mehr drin ist“. Die Berliner Demonstration soll dabei nur der Einstieg in eine längerfristige Kampagne gewesen sein. Wörtlich heißt es: „Der Erfolg vom 1. November 2003 bestätigt unsere Einschätzung, dass es eine riesige Unzufriedenheit und eine sehr große Protestbereitschaft gibt. Bisher konnte dieses Potential nicht mobilisiert werden.“ Nun sei der Bann gebrochen. ATTAC erwartet vor dem Hintergrund des „Berliner Signals“ vom DGB eine Entscheidung: Dialog oder Verharren in der Defensive.

Für die zukünftige Arbeit sieht man drei Eckpunkte:

- a. Vertiefung und Verbreiterung des Widerstandes auf lokaler Ebene,
- b. Unterstützung lokaler, regionaler und punktueller Aktionen,
- c. Orientierung auf den internationalen Aktionstag, zu dem das Europäische Sozialforum Mitte November 2003 aufrufen wird. Der Aktionstag wird voraussichtlich zwischen März und Mai 2004 stattfinden. Es soll das nächste zentrale Ereignis auf europäischer Ebene sein.

ATTAC-Termine: In Deutschland hat ATTAC zur Unterstützung zahlreicher Demonstrationen vor allem in Hessen aufgerufen (zentrale Demonstration in Wiesbaden am 18.11.2004). Aktionen soll es auch zu den Parteitag der SPD in Bochum (17.-19.11. 2003), der Grünen in Dresden (28.-30.11. 2003) und der CDU in Leipzig (1.-2.12. 2003) geben.

**Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Ralf Thomas Baus
Kordinator Parteien, Staat und Gesellschaft
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin

ralf.baus@kas.de
Tel. 0 30/2 69 96-503

1. Zentrale Empfehlungen – weitere Schritte

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im November 2002 eine aktualisierte Fassung des Arbeitspapiers Nr. 74/2002 von Ralf Thomas Baus und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff unter dem Titel „Globalisierungsdebatte I – Wer oder was ist ATTAC?“ veröffentlicht. Dieses Arbeitspapier wird erneut aktualisiert und Anfang 2004 in einer überarbeiteten Fassung vorgelegt.

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff hat darüber hinaus im April 2003 ein Zukunftsforum Politik Nr. 54 mit dem Titel „Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen“ herausgegeben. Beide Publikationen sind unter www.kas.de abrufbar.

2. Zentrale Ergebnisse

ATTAC hat sich mit den Protesten gegen die sozialpolitischen Reformen erneut einem innenpolitischen Thema zugewandt. Schon 2002 war die Gesundheitsreform ein Themenschwerpunkt. Auch jetzt erhofft sich ATTAC an der Spitze eines bundesweiten Protestbündnisses agieren zu können.

Da ATTAC von den Grünen wegen der Demonstrationen angegriffen wurde, aber auch bei der SPD nur bei den Linken Zuspruch findet, hofft man auf eine Allianz mit den Gewerkschaften. Der DGB soll durch eine Strategie von unten (Beteiligung von Einzelgewerkschaften und der Mitgliederbasis) zu einer klaren Positionierung gegen die rot-grüne Bundesregierung gezwungen werden.

In den nächsten Wochen will ATTAC durch Protestaktionen in Hessen und bei den bevorstehenden Parteitagen der SPD in Bochum, der Grünen in Dresden und der CDU in Leipzig weiter Druck machen. Durch eine „Verbreiterung und Vertiefung des Widerstandes“ will man sich zur „neuen außerparlamentarischen Opposition“ (Sascha Kimpel) entwickeln.

3. Analyse

Demonstration: An der Demonstration am 1. November 2003 in Berlin waren neben ATTAC und den Gewerkschaften auch die PDS sowie zahlreiche Basisinitiativen, zum Beispiel sogenannte Anti-Hartz-Bündnisse, beteiligt. Zu der Demonstration hatte ein „Bündnis gegen Sozialkahl Schlag“ aufgerufen.

Der Erfolg der Demonstration war völlig unerwartet, hatte man doch aus Kreisen von ATTAC lediglich mit etwa 20.000 Teilnehmern gerechnet. Stark vertreten war ATTAC auch in den Medien, so zum Beispiel mit einem längeren

Redeausschnitt von Ilona Plattner, die in aggressiver Form den Demonstranten zurief: „Wir werden immer mehr ...“.

Aus Sicht von ATTAC handelte es sich bei dieser Demonstration um den Beginn einer neuen Massenbewegung. So ließ sich der ATTAC-Sprecher Sascha Kimpel am späten Samstagabend als Studiogast des RBB-Regionalfernsehens mit dem Satz vernehmen: „Wir sind die neue APO.“ Als außerparlamentarische Opposition versteht man sich auch deshalb, weil die Verbindungen in die Politik immer weiter abreißen. In der Welt (3. November 2003) kritisierte die grüne Fraktionsvorsitzende Krista Sager ATTAC für ihren Widerstand gegen die Sozialreformen. Auch der DGB hält sich bedeckt. Bei den beteiligten Gewerkschaften handelt es sich lediglich um Einzelgewerkschaften oder Untergliederungen, die selbständig agieren.

Die globalisierungskritische Bewegung ATTAC wächst weiter. Mittlerweile gibt es in Deutschland 13.000 Mitglieder, im Oktober 2002 waren es 9.000 Einzelunterzeichner oder Organisationen.

Hintergrund: Obwohl es sich bei ATTAC um eine Bewegung handelt, die für sich als zentrales Thema die Globalisierung gewählt hat, kommt es nun wieder zu einem Engagement in der deutschen Sozialpolitik. Bereits 2002 hatte ATTAC die Gesundheitsreform zu einem Schwerpunktthema gemacht. In diesem und im kommenden Jahr ist die Kampagne gegen die Sozialreformen ebenfalls ein zentrales Aktionsthema. Auf der Bundesversammlung von ATTAC in Aachen, dem sogenannten Ratschlag, war dies im Oktober 2003 beschlossen worden. Begründet wurde die Hinwendung zu den sozialpolitischen Themen mit dem Argument, der Begriff Innenpolitik verliere in Zeiten der Globalisierung zunehmend seinen Sinn. Aus Sicht von ATTAC ist die Beschäftigung mit der Krise der sozialen Sicherungssysteme das „Herunterbrechen“ der Weltpolitik auf die nationale, regionale und lokale Ebene. Darüber hinaus sollen die Weltwirtschaft und die Privatisierung Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2004 sein. ATTAC vollzieht hiermit einen Paradigmenwechsel von einer international ausgerichteten Protestbewegung zur außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik.

ATTAC-Arbeitsgruppe: ATTAC hat zur Koordinierung und Umsetzung seiner Protestaktivitäten eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Es ist genug für alle da“ eingesetzt. Vertreten sind hierin unter anderem Hugo Braun, ein Aktivist der Troztkistengruppe *Euromärsche* und Mitglied der DKP, Werner Rätz, ein radikaler Linker, der Gewalt als Ausdruck jeder sozialen Bewegung betrachtet und Peter Wahl, der aus der Organisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) kommt und früher in den auf DKP-Initiative entstandenen *Antiimperialistischen Solidaritätskomitees* mitgearbeitet hat.

ATTAC-Positionspapier: In einem dreiseitigen Positionspapier hat ATTAC nach dem Erfolg der Demonstration vom 1. November 2003 Vorschläge für das weitere Vorgehen entwickelt: Demnach geht man davon aus, dass bei zukünftigen Aktionen „noch mehr drin ist“. Die Berliner Demonstration soll dabei nur der Einstieg in eine längerfristige Kampagne gewesen sein. Wörtlich heißt es: „Der Erfolg vom 1. November 2003 bestätigt unsere Einschätzung, dass es eine riesige Unzufriedenheit und eine sehr große Protestbereitschaft gibt. Bisher konnte dieses Potential nicht mobilisiert werden.“ Nun sei der Bann gebrochen. ATTAC erwartet vor dem Hintergrund des „Berliner Signals“ vom DGB eine Entscheidung: Dialog oder Verharren in der Defensive.

Für die zukünftige Arbeit sieht man drei Eckpunkte:

- a. Vertiefung und Verbreiterung des Widerstandes auf lokaler Ebene,
- b. Unterstützung lokaler, regionaler und punktueller Aktionen,
- c. Orientierung auf den internationalen Aktionstag, zu dem das Europäische Sozialforum Mitte November 2003 aufrufen wird. Der Aktionstag wird voraussichtlich zwischen März und Mai 2004 stattfinden. Es soll das nächste zentrale Ereignis auf europäischer Ebene sein.

ATTAC-Termine: In Deutschland hat ATTAC zur Unterstützung zahlreicher Demonstrationen vor allem in Hessen aufgerufen (zentrale Demonstration in Wiesbaden am 18.11.2004). Aktionen soll es auch zu den Parteitagen der SPD in Bochum (17.-19.11. 2003), der Grünen in Dresden (28.-30.11. 2003) und der CDU in Leipzig (1.-2.12. 2003) geben.

**Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Ralf Thomas Baus ralf.baus@kas.de
Koordinator Parteien, Staat und Gesellschaft 030/269 96 503
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin